

Corona endlich entschlossen entgegentreten

- Plädoyer der FDP Flensburg -

Wir als Basis in der Kommunalpolitik hören seit Monaten seitens der Bundesregierung immer, was alles nicht möglich ist. Häufig fehlt es angeblich an Personal, um sich dem Virus entschlossen entgegenzustellen. Wir halten dies für falsch. Nein, wir halten es für eine Ausrede, um nicht nach wirklich präventiven Lösungen suchen zu müssen. Die Kreativlosigkeit der Spitzenpolitik und der Exekutive muss endlich aufhören. Wir wollen aufzeigen, welche Kraftanstrengungen in unserem Land möglich sind.

Sinn dieses Plädoyers ist es, eine Debatte um Möglichkeiten anzustoßen. Es handelt sich um Denkanstöße und um keine bis ins Detail durchkalkulierten Optionen. In diesem „Krieg“ gegen Corona müssen wir nicht 10 % besser werden, sondern 10-mal besser. Wir müssen endlich groß denken. Nur so kann skaliert werden.

Personelle Kapazität bei Corona-Tests massiv erhöhen

Deutschland hat etwa 2,9 Mio. Studierende. Viele von ihnen haben in der Corona-Krise ihren 450-€-Job (bspw. in der Gastronomie) verloren. Der Staat könnte rasch hunderttausende 450-€-Jobber anstellen. Die Student*innen könnten mit einer Express-Fortbildung an den Pflegeheimen, an Schulen und anderen öffentlichen Einrichtungen Schnelltests und Pooltests durchführen bzw. auswerten. Die Test-Helfer-Initiative der Arbeitsagentur (<https://www.arbeitsagentur.de/corona-testhilfe>) ist aber zu wenigen bekannt. Den Hochschulen und Universitäten sind die Kontaktdaten der Student*innen bekannt. Diese könnten die Student*innen über die Test-Helfer-Initiative informieren und zum Mitmachen auffordern.

Hier könnten also schnell und leicht hunderttausende Studenten akquiriert werden. Diese Personen könnten von Bundeswehr, THW, Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten (DRK, etc.) angelernt und koordiniert werden.

Als weitere Unterstützung könnten Beamte im Ruhestand und aktuell nicht werktätige Arzt*innen und Pfleger*innen mobilisiert werden.

Personelle Kapazität bei Kontrollen und Kontaktnachverfolgung massiv erhöhen

Über eine Million Angestellte sind aktuell in Kurzarbeit – manche anteilig, manche vollständig. Warum werden diese Personen nicht aktiv eingesetzt, sondern dafür bezahlt, nichts zu tun? Der Wunsch vieler Menschen, aktiv in die Pandemiebekämpfung eingebunden zu sein, ist groß. Der Staat könnte Kurzarbeit mit einer Art „Gemeinnützigkeits-Dienst“ koppeln. Diese Personen sind den Behörden durch den Kurzarbeits-Status bekannt und könnten direkt aktiviert werden. Beispielsweise für Kontakt-Nachverfolgungen oder Kontrollen im öffentlichen Raum.

Als finanziellen Anreiz erhalten diese Personen mehr als die üblichen 67 % Kurzarbeiter-Geld.

Diese Personen könnten ebenfalls von Bundeswehr, THW, Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten (DRK, etc.) angelernt und koordiniert werden.

Ebenso könnten deutlich mehr Bundeswehr-Soldat*innen eingesetzt werden. Kommunen müssen aktuell erst nachweisen, dass sie eigene Personal-Anstrengungen unternehmen, bevor Kräfte angefordert werden können. Diese Regel hilft in einer Notsituation nicht, sondern sie bremst. Die Bundeswehr würde schon jetzt deutlich mehr Personal zur Verfügung stellen – die Kräfte werden jedoch aus bürokratischen Gründen nicht angefordert.

Der Anspruch muss sein: Wir müssen wieder „vor die Lage“ kommen

Mit diesen hunderttausenden helfenden Händen, die bei den Tests helfen, müssen wir den Anspruch haben, Deutschlands Bevölkerung komplett durchzutesten. Wenn es möglich ist: jede zweite Woche. Das ist nicht übertrieben. Der Staat schafft es schließlich auch, an einer Bundestagswahl über 40 Mio. Menschen an einem Tag logistisch „abzufertigen“.

Pool-Test-Verfahren und Schnell-Tests brauchen Menschen, die sie durchführen. Wir haben aufgezeigt, dass dies personell möglich ist. Nur durch viele akquirierte bzw. rekrutierte Menschen kommen wir wieder „vor die Lage“ und laufen ihr nicht hinterher.

Personelle Kapazität in Krankenhäusern massiv erhöhen

Medial wird laufend berichtet, dass nicht zu wenige Intensiv-Betten vorhanden sind, sondern dass zu wenig Personal für die Betreuung der Betten zur Verfügung steht. Hier muss in dieser Notlage kreativ Unterstützung bereitgestellt werden:

So könnten alle Medizin-Student*innen und Medizin-Dozent*innen, welche für den Krankenseinsatz geeignet sind, Ärzt*innen und Pfleger*innen in den Krankenhäusern assistieren. Wir wissen selbstverständlich, dass Assistenzen kein Ersatz für hochqualifizierte Ärzt*innen und Intensivpfleger*innen sind. Aber besser eine helfende Assistenz als gar keine Hilfe. Die am besten ausgebildeten Pfleger*innen können dann auf der Covid-Station eingesetzt werden. Selbstverständlich sind diese Student*innen und Dozent*innen für ihren Dienst im Krankenhaus zu entlohnen.

Aktuell schließt der Staat viele Branchen und erteilt quasi willkürlich Berufsverbote. Sinnvoller wäre es, in dieser absoluten Notsituation zielgerichteter vorzugehen. Zusätzliches Personal könnte aus anderen, „nicht notwendigen medizinischen Branchen“ gewonnen werden – beispielsweise durch einen Betriebsverzicht in „Schönheits-Kliniken“. Alternativ könnte auch eine verpflichtende Personalrotation vereinbart werden. Das freiwerdende Personal kann so ebenfalls in den Krankenhäusern assistieren. Einrichtungen, die auf den eigenen Betrieb zugunsten des allgemeinen Gesundheitswesens verzichten, sind selbstverständlich umfassend finanziell zu entschädigen. Die Koordinierung übernehmen die ärztliche Selbstverwaltung und die Krankenhäuser.

Personelle Kapazität fürs Impfen in Impfstraßen und Hausarzt-Praxen schaffen

Wir benötigen einen Teil der Student*innen, Bundeswehrsoldat*innen und freiwilliger Feuerwehr für Impfungen in den Impfstraßen und den Haus-Arzt-Praxen. Ohne massives zusätzliches Personal entstände schnell der nächste Flaschenhals: sobald genügend Impfstoff da wäre, wäre dann die Personal-Kapazitäten zu gering, um den Impfstoff zu verimpfen. Ebenso werden tausende Hände für die Dokumentation und Koordination der Impfungen benötigt. Nur durch viele Student*innen lässt sich das Impfen skalieren.

Personelle Kapazität im Schulen und KiTas massiv erhöhen

Digitale Lernsysteme können Präsenz-Unterricht ergänzen, ersetzen können sie ihn nicht. Daher müssen Personal-Ressourcen gefunden werden, um Schüler*innen im Wechsel-Unterricht zu unterrichten.

Um dieses Problem bestmöglich zu lösen, könnten für Lehramtsstudent*innen die Möglichkeit geschaffen werden, den Studienbetrieb für ein bis zwei Semester zu unterbrechen, um in den Schulen auszuhelfen. Diese Zeit könnte den Studenten als Praxis-Leistung ans Studium angerechnet werden. Um ein Mindestmaß an Qualifikation zu gewährleisten, halten wir es für sinnvoll, dass dieses Angebot erst ab dem vierten Semester gilt. Studenten, die sich im vierten Semester befinden, absolvierten in der Regel bereits zwei Orientierungspraktika (OT I und OT II) und ein Fachpraktikum (FAP). Selbstverständlich findet eine entsprechende finanzielle Entlohnung statt. Vergleichbare Optionen können auch für Ausbildungsstränge von Erzieher*innen und SPAs geschaffen werden.

Schulen, Kitas und öffentlichen Gebäude ausrüsten

Viele Schulen, Kitas und öffentliche Gebäude haben aktuell weder Luftfilter-Anlagen, Glasfaser-Anschluss, leistungsstarkes W-LAN, noch mobile Endgeräte oder Lernmanagement-Systeme. In dieser Notlage müssen wir Ausschreibungs-Praktiken extrem vereinfachen. Beispielsweise durch Aussetzungen der Wertgrenzen für eine freihändige Vergabe. Oder kurz: Einfach bestellen, einbauen, fertig!

Damit IT-Systeme umfassend und schnell eingerichtet werden können, könnte der Staat auf sämtliche IT-Lehrstühle von Universitäten zurückgreifen und auch hier alle Kräfte zusammenziehen. Auch privatwirtschaftliche Unternehmen könnten umfassend aushelfen.

Wir brauchen eine bundesweite Kraftanstrengung und Entschlossenheit

Wir wollen, dass es endlich Alternativen zum Lockdown gibt. Wir können in den nächsten Jahren nicht immer wieder Lockdowns verhängen: Das ist bestenfalls kreativlos. Lockdown ist kein Konzept. Lockdown ist kein Gestalten. Lockdown ist eine Reaktion.

Mit den vorgestellten Maßnahmen zur Personal-Rekrutierung könnten wir Corona massiv einbremsen. Wir könnten deutlich mehr als ein oder zwei Millionen helfende Menschen in kurzer Zeit mobilisieren. Die Regierungen und die Verwaltungen müssen endlich entschieden agieren und in einen wirklichen Krisenmodus übergehen. Der Modus „*Ich prüfe erstmal, ob ich zuständig bin*“ oder „*wir haben da einen Personalengpass*“ oder „*wir prüfen erstmal wie die Rechtslage ist*“ oder „*das können wir wegen Datenschutz nicht machen*“ hilft unserem Land in dieser Notlage nicht. Das bedeutet nicht, dass wir die Rechtsstaatlichkeit der Verwaltung in Frage stellen. Das bedeutet, dass wir die Prüfung aller Ideen fordern, die die gesellschaftliche Lage verbessern könnten. Wir erwarten vom Bund, dass dieser in der Krise endlich mit aller Macht und Entschlossenheit handelt und gestaltet, statt nur zu verwalten.

Wir müssen in dieser Krise Verwaltung neu denken und allen Ideenreichtum nutzen, den wir in Deutschland haben. Wir sind zudem der festen Überzeugung, dass Menschen in der Krise helfen wollen und mitmachen werden. Diese Debatte wollen wir anstoßen.